

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 07

Oktober 2008

Jahrgang 37

DKP unterstützt attac-Brief an Gemeinderat

Trifft US-Immobilienkrise jetzt auch Heidenheim?

OB Ilg: „Niemand kann aus heutiger Sicht mit Sicherheit sagen, was noch kommt“

OB Ilg musste sich als „Lord Mayor“ ausweisen, um überhaupt glaubhaft zu sein und der Kämmerer wurde einem mehrtägigen stressigen Verhandlungsmarathon in Manhattan ausgesetzt.

Die Atlantiküberquerung, der Flug nach New-York, des OB Ilg und seines Stadtkämmerers hat sich gelohnt. Im Stadtsäckel sind 2,5 Millionen Euro angekommen. Das Glücksgefühl, das die beiden umgab, strahlte wie ein Heiligenschein zum Tage des Herrn. Die Aktion noch vor Aalen und Schw. Gmünd ist abgeschlossen. Wir liegen vorn. Der Flug über den Teich war spitze. Für wen? zu welchem Preis?

Mit nur drei Stimmen Mehrheit hat der Gemeinderat am 23.07.02 und modifiziert am 12.12.02 den Abwasserdeal mit den US Banken und den US-Investoren beschlossen. Heute müssen die kommunalen Mehrheitsbeschaffer zittern und bibbern, zählen sie doch zu den Mitverantwortlichen für einen kriminellen Investment-Deal.

Im Februar 2002 beantragte DKP Stadtrat Huber die über die Transaktion verhängte Nichtöffentlichkeit aufzuheben, um die Cross-Border-Leasing-Transaktion öffentlich zu beraten. OB Ilg und die Gemeinderatsmehrheit verhinderten die Öffentlichkeit, um unter sich zu bleiben.

Es handelt sich bei Cross-Border-Leasing-Verträge um ein typisches Produkt der neoliberal entfesselten Finanzakteure, nämlich um eine hochkomplizierte »strukturierte Finanzierung« mit verborgenen Mittägern und

Landesbanken geben. Vielfach unterliegen sogar die Namen der Investoren der absoluten Geheimhaltung. Dabei übernahmen die deutschen Mittäter auch die typischen Praktiken und Forderungen der US-Akteure. Die Städte

verkauften ihre Infrastruktur nicht direkt an die US-Investoren, sondern an Briefkastenfirmen, die für jedes Projekt eigens gegründet wurden. Genauso wie etwa die IKB, die spekulative Hypothekenbündel über Trusts in der US-Finanzose Wilmington im Bundesstaat Delaware kauften, so verkauften auch Städte ihre Kanalisation usw. an einen »Trust« in Wilmington/Delaware oder auf den Cayman Islands.

Bei der Gemeinderatssitzung am 25.09.08 unterstützten die beiden DKP-Stadträte Püschel und

Benz einen „offenen Brief“ von attac und forderten

- 1. Die geschlossenen Verträge endlich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.**
- 2. Unverzüglich alle beteiligten Banken und Trusts zu nennen.**
- 3. Eine transparente Risikoeinschätzung einzuleiten.**

Es sind unsere Kläranlagen und Abwasserkanäle.



unkalkulierbaren Risiken. Den Mitgliedern der Parlamente und Stadträte wurde aber nur die Märchenversion präsentiert. Die 1 000-Seiten-Vertragswerke, die es nur in englischer Sprache gibt, enthalten strafbewehrte Geheimhaltungsklauseln. Nur Oberbürgermeister und Kämmerer durften reinsehen, verstanden aber kaum etwas und waren abhängig von der Interpretation, die ihnen die Nadelstreifenanwälte großer US-Kanzleien und die Finanzberater der

Marschiert der Sozialismus?

Werden Banken wirklich verstaatlicht?

Oder täuschen und tricksen Sie, die Politiker und Finanzspekulant



In der Zeilebeschreibung der IG Metall Satzung §2 (4) ist zu lesen: Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.

Die Gewerkschaftsführung samt ihrer Mitglieder hätten es ja erreicht. Die Sozialisierung, das Gemeineigentum, mehr Mitbestimmung und das sogar bei den Banken. Selbst Herr Ackermann, der Multimillionär, von der Deutschen Bank spricht dafür. Also aufgepasst. Es muss etwas falsch sein. Die weltweite Kapitalistenklasse, die ihre Bankenkrise selbst herbeigeführt hat, sucht jetzt nach einer Lebensrettung. Dank ihrer politischen Macht greifen sie jetzt in die Taschen der Allgemeinheit. Die den Menschen der Länder gehörenden Milliarden Volks-

vermögen werden benützt, um das fürchterliche System dar von Gier und korrupten Politiker, von Spekulanten, Aktionären, Geldverbrechern befallenen Länder für ihre Interessen weiter zu sichern.

Den international vereinten Kapitalisten sind die Proletarier aller Länder vereint gegenüber zu stellen. Die Geschichte ist unglaublich, doch noch unglaublicher ist, wie wenige das unglaublich finden.

Wer hätte das vor einem Jahr noch für möglich gehalten: Die lautesten Privatisierungsbefürworter in Europa und sogar in den USA wagen das Undenkbare und verstaatlichen Banken, um sie den „Selbsteilungskräften des Marktes“ zu entziehen. In der EU, wo ein extrem neoliberaler Wettbewerbskommissar jedem Oberbürgermeister auf die Finger klopft, wenn er einige Millionen als Beihilfe an öffentliche Unternehmen ausgibt, dürfen plötzlich Dutzende Milliarden Euro ausgegeben werden, um Finanzinstitute wie die Hypo Real Estate vor der Pleite zu

bewahren. Es war schon ein Wunder, als unsere Neoliberalen plötzlich von der Regulierung der Finanzmärkte sprachen, aber nun öffnen sie dem „Sozialismus“ die Hintertür und verstaatlichen, ohne rot zu werden, die größten der Geldhäuser.

Auch in der Kommunalpolitik, auf der untersten Ebene, stößt man auf solche Zusammenhänge. OB Ilg ist einer der Ersten, der die kommunalen Aufgaben zur Daseinsvorsorge, wie z.B. den Mietwohnungsbau, privatisiert wissen will, siehe Gagfah, das Kanal- und Klärsystem den Amerikanern verleast und kommunale Aufgaben in abgetrennte GmbHs verlagert, um demokratische Mitbestimmungsrechte zu umgehen. Die Politik des Neoliberalismus ist endgültig gescheitert. Der Markt richtet nichts anderes wie Unsinn an. Die Neoliberalen im Stadtrat, die sich hauptsächlich bei den Freien Wählern hinter ihrem Fraktionsvorsitzenden Immo Grath versammeln, verdienen keine Zustimmung.



Keine Privatisierung

Ploucquet-Gelände bleibt in städtischem Besitz!

Bekommen die DKP Anträge im Gemeinderat eine Mehrheit?

Es kann nicht sein, dass das mit rund 6,5 Mio. Euro, auch mit Heidenheimer Steuergeld, erworbene und zur Bebauung hergerichtete Ploucquet-Gelände an private Investoren verschertelt wird. Von diesem Grundsatz lassen sich die Stadträte der DKP Heidenheim leiten. Eine für ein Heidenheimer Alleinstellungsmerkmal hergerichtete Industriebrache hat für Heidenheim und seine Bürgerinnen und Bürgern einen sehr großen kommunalpolitischen Stellenwert.

Der von der DKP Heidenheim erarbeitete Gestaltungsplan umfasst nicht nur das Ploucquet-Gelände. Der vom Gemeinderat beschlossene Bebauungsplan eröffnet eine, von der Sankt Pöltener Straße im Süden zwischen Bahnlinie und Ploucquet Straße bis zur Benzstraße im Norden, langfristige kommunale Gestaltungsphase.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet Mitbestimmung

Es ist an er Zeit, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger, die an der Heidenheimer Stadtentwicklung interessiert sind, begleitet von Städteplanern, Landschaftsarchitekten, von

Umweltorganisationen oder Agenda-Gruppen einmischen und zu Wort melden. Die von der DKP öffentlich organisierte Anhörung stellt einen ersten Kontakt zu den interessierten Bürgerinnen und Bürgern her, die sich mit der Zukunftsplanung der Stadt beschäftigen wollen. „Es sind alle eingeladen und angesprochen, sich einzubringen“, so DKP Stadtrat Püschel. Der in Heidenheim um sich greifenden „Schuhschachtel-Architektur“ kann und muss auf dem Ploucquet-Gelände ein Riegel vorgeschoben werden.

Planungsklarheit

Die Spatzen pfeifen es vom Rathausdach: VOITH hat Interesse an einer Bebauung in seinem Sinn. Die Stadtverwaltung ist daher gehalten, Planungsklarheit zu schaffen. Von VOITH wie auch von der Kreissparkasse die im Bebauungsplan integriert sind, kann erwartet werden, ihre Investitionsabsichten zu veröffentlichen.



Johann Holzheu

Wenn Sie DKP wählen - liegen Sie richtig

DKP-Stadträte setzen sich für Mieter ein.

In Baden-Württemberg bahnt sich eine neue Wohnungsnot an. Das jedenfalls befürchtet der Deutsche Mieterbund (DMB). Viel zu wenig Wohnungen, vor allem Sozialwohnungen werden gebaut bzw. gefördert. Dies, so der DMB, ist die Folge einer falschen Wohnungspolitik. In Heidenheim ist eine solch falsche Wohnungspolitik auch gegeben.

Nicht dass es zu wenig Wohnungen gibt, nein, die Sozialwohnungen des Wohnungsunternehmens Gagfah sind schlichtweg zu teuer. Wohl hat die Gagfah in den letzten Jahren endlich bei einigen Häusern Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt, doch bleiben viele Wohnblöcke übrig, die in einem miserablen Zustand sind. Die Gagfah verfährt nach dem Gieskannenprinzip. Warum dort renoviert wird und zwei Häuser weiter nicht? Warum da ein Spielplatz platt gemacht wird und dort Gelder für mietfremde Leistungen ausgegeben werden ist den meisten Bürgern nicht klar.

Jedenfalls, das Wohnen wird teurer und daher auch der

Unmut der Mieter. Zunehmend wenden sie sich an die DKP-Stadträte, weil sie sich nicht mehr zu helfen wissen.

Wohngebietsbesichtigungen sind dann die

Folge, so geschehen in der Oststadt, auf dem Galgenberg, in der Eisenbergsiedlung, in der Giengener Strasse oder in Schnaitheim. Dabei kommt die Gagfah durchaus in Bedrängnis und muss Abhilfe schaffen. In der Virchowstrasse 19 musste nicht nur der Treppenaufgang erneuert werden sondern



Treppenaufgang Virchowstraße wurde nach DKP Protesten repariert.

auch erste Maßnahmen gegen Feuchtigkeit und Schimmelbildung eingeleitet werden. Im Wohnhaus in der Giengener Strasse 100 überlegt sich die Gagfah, wie zukünftig das Eindringen von Regenwasser in den Kellerräumen verhindert werden kann. Was geschieht mit dem Wohngebiet Eisenbergsiedlung, war eine schriftliche Anfrage der DKP bei der Gagfah. Die Antwort der Gagfah war zu befürchten: „Sobald wir einen neuen kommunikablen Stand haben, werden wir auf unsere Kunden und der Presse zugehen?“ Unterschrift: Dr.Torsten Tragl.



Thomas Bernhard

BUNDESWEHR RAUS AUS AFGHANISTAN!


Ein ganzes Zugabteil füllten die Heidenheimer Friedensfreunde am 20. September auf ihrer Fahrt nach Stuttgart. Der Anlass war die Teilnahme an der großen Friedensdemonstration mit über 6000 Teilnehmern. Das Heidenheimer Transparent mit der Aufschrift „Bundeswehr in alle Welt ?- Wir sagen NEIN!“ traf genau das Thema der Demonstration. Mit der Forderung an den deutschen Bundestag, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundes-

wehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen, warnten die Redner vor weiteren Kriegsvorbereitungen und Beteiligungen Deutschlands. Sieben Jahre dauert nun schon der Krieg in Afghanistan. Keines der vorgegebenen Ziele wurde erreicht. Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. Täglich sterben 600 Kinder unter 5 Jahren infolge des Krieges. Ein „Krieg gegen Terror“ kann militärisch nicht gewonnen werden, da er selbst immer wieder neue Gewalt hervorruft. Der Abzug der Besatzungstruppen schafft Voraussetzungen für die Einstellung aller Kampfhandlungen und für eine zivile Entwicklung.



Frieden schließen statt weltweit schießen - DKP-



Gemeinsam mit den kommunistischen Parteien unserer Partnerstädte, der Kommunistischen Partei in Jihlava (KSCM) in der Tschechischen Republik, der Kommunistischen Partei in Sankt Pölten (KPÖ) und die Heidenheimer DKP haben gemeinsam ein länderübergreifendes Friedenssymbol geschaffen. „Solidarität der Partnerstädte - Europa für Frieden“. Ziel ist es, dieses Banner bei Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen die sich gegen die Militarisierung der EU richten, einzubringen. 



Stadträte sollten auf Mergelstetter Eltern hören!

Die Straße inmitten Mergelstettens soll neu bebaut werden. Im Zuge dieser Veränderung plant die Stadtverwaltung neben einem Radweg auch zwei neue Verkehrskreisel. Die bisherige Ampelanlage soll abgebaut werden. Dagegen wehren sich die Mergelstetter Bürger und Bürgerinnen. Sie fürchten, dass das Überqueren am Kreisel, der direkt an der Silcherschule ist, vor allem für die Schulkinder zu gefährlich ist. Ihrer Ansicht nach wissen die Kinder, dass sie bei *rot* stehen müssen und bei *grün* gehen können. Beim geplanten Kreisel wird die Überquerung gefährlicher verlaufen. Der fließende Verkehr ist für die Kinder unübersichtlich. Weil der Gesamtelternbeirat die Kreiselvariante als problematisch ansah, hat er am 23. September 2008 eine Sitzung einberufen. Eingeladen waren die Stadträte und die Stadtver-



DKP Stadträte vor Ort: An der Silcher-Schule Mergelstetten

waltung Heidenheim. Die Diskussion zeigte dann, dass die anwesenden Stadträte von CDU, Freie Wähler und SPD die Bedenken der Eltern nicht ernst nahmen. Obwohl schon im Juni der Technische Ausschuss grünes Licht für die Umbaupläne gab, wollte SPD Stadtrat H. Enslin keine klare Stellungnahme abgeben. Gleiches Verhalten zeigte auch CDU Stadtrat H. Schmauder. Er wollte sogar den

Eltern die Schuld geben, da sie kein Vertrauen in ihre Kinder setzten. Einzig und allein in dieser Runde stellte DKP Stadtrat Reinhard Püschel sich klipp und klar auf die Seite der Eltern: „Die Eltern wüssten am besten Bescheid über die Verkehrsfährdung ihrer Kinder. Ein Kreisel direkt an der Schule ist unverantwortlich“.

Es wird also schwer sein, die Gemeinderatsmehrheit und Stadtverwaltung vom Kreiselunsinn abzuhalten. Es sei denn, die Mergelstetter machten etwas Druck. Zum Beispiel in Form einer Unterschriftensammlung. Wenn viele Mergelstetter damit ihren Unmut zum Ausdruck bringen würden, könnte das Kreiselvorhaben scheitern. Immerhin sind im nächsten Jahr Kommunalwahlen.



Bebauungsplan Fuchssteige aufgeben

Applaus aus der Zuhörerschaft bekam der Sprecher der DKP im Heidenheimer Rathausaal, als er beim Tagesordnungspunkt „Bebauungsplan Fuchssteige“ sich für den Stopp des Neubaugebietes aussprach. Grund für den Antrag bei der Gemeinderatssitzung am 25. September 2008 war ein Gutachten, das nachwies, dass im Bereich des Baugebietes, das ursprünglich als Vogelschutzgebiet ausgewiesen war, ein Baumfalkenpaar brüten würde. Die Stadträte der DKP haben der Stadtverwaltung unter anderem

auch vorgeworfen, die Naturschutzbestimmungen zu unterlaufen. Jede achte Vogelart ist in Deutschland vom Aussterben bedroht. Zudem würde landesweit täglich eine Fläche in der Größenordnung von etwa 15 Fußballfeldern der Natur entzogen. Auch die Fraktion der Grünen lehnt die Bebauung der Fuchssteige ab. Die Anträge beider Parteien wurden mit großer Mehrheit vom Gemeinderat abgelehnt. Für das brütende Baumfalkenpaar lohnt sich der Kampf dennoch!



Das Spendenkonto der DKP Heidenheim:

Kreissparkasse HDH BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

Kontakte zur DKP Heidenheim: DKP Stadtrat Reinhard Püschel, Tel.: 924206

Kontakte zur DKP Heidenheim: DKP Stadtrat Wilhelm Benz, Tel.: 42424

Besuchen Sie unsere INTERNET-Seite. www.DKP-Heidenheim.de